

«Bundesrat Berset führt das BAG nicht»

Kritik an Gesundheitspolitik Das Bundesamt für Gesundheit (BAG) sei für zahlreiche Pannen und Versäumnisse verantwortlich, sagt Felix Huber, Präsident von Medix Schweiz. Und Alain Berset schaue tatenlos zu.

Markus Brotschi

Herr Huber, Sie werfen in der Ärztezeitung dem BAG Reformeifer und überbordende Bürokratie vor. Viele Projekte blieben unerledigt liegen oder seien gescheitert. Letzte Woche aber gab Alain Berset die Aufhebung der Corona-Massnahmen bekannt. Die Pandemie hat der Bundesrat unter Führung des BAG nicht so schlecht bewältigt. Einverstanden?

Insgesamt ist es nicht schlecht herausgekommen. Aber das liegt nicht in erster Linie am BAG und an Bundesrat Berset, sondern daran, dass wir immer genügend Intensivbetten und Personal bereithalten konnten. Die Schweiz hatte vor allem viel Glück und viel Geld. Sie ist wohl weltweit das einzige Land, das die Pandemie ohne einen Arzt und ohne Einbezug der ärztlichen Organisationen bewältigen wollte. Im BAG gab es nach dem Rücktritt von Daniel Koch keinen Arzt mehr in einer Führungsposition. Sein Nachfolger Stefan Kuster, ein Epidemiologe, warf bereits nach drei Monaten das Handtuch. Nun ist seit kurzem die frühere Berner Kantonsärztin Linda Nartey Vizedirektorin. Ich bin gespannt, wie lange sie bleibt.

Was läuft denn Ihrer Ansicht nach falsch in diesem Bundesamt?

Bundesrat Berset führt das BAG nicht. Er greift bei gescheiterten Projekten wie dem elektronischen Patientendossier oder bei der vernachlässigten Digitalisierung nicht ein. Entscheidungsreife Projekte verzögert er hingegen, wie etwa den neuen ambulanten Arzttarif Tardoc. Alle Bedingungen, die er an den Tarif gestellt hatte, sind erfüllt. Die Verhandlungspartner dieses Vertrags haben Nachbesserungen gemacht, wir haben ihn mittlerweile zum dritten Mal nachgereicht. Es gäbe auch eine Mehrheit im Bundesrat für den Tardoc, wenn Alain Berset ihn dem Gremium endlich zur Genehmigung vorlegen würde.

Das BAG befürchtet, dass der neue Tarif für ambulante Behandlungen zu einem neuen Kostenschub führt.

Das ist ein Vorwand und zudem falsch. Wir haben im Detail aufgezeigt, wie wir diesen Tarif kostenneutral einführen wollen. Berset bringt das nicht in den Bundesrat, weil er ambulante Pauschal Tarife bevorzugt. Zudem ist ihm die Tarifpartnerschaft suspekt. Die Verteilungskämpfe will Berset auf die Ebene der Versicherer und der medizinischen Leistungserbringer verlagern. Das würde zu einem nicht endenden Streit und einer erneuten Blockade führen.

Berset kann aber einwenden, dass einer der beiden Kassenverbände gegen diesen neuen Arzttarif ist. Ist das nicht ein Hindernis, wenn die Hälfte der Kassen nicht mitmacht?

Das ist ein begrenztes Problem, denn in dieser Frage steht die Mehrheit der Krankenversicherer geschlossen hinter dem Tardoc. Santésuisse spielt aber ein



«Ich will nicht, dass das BAG laufend neue Reformen startet»: Medix-Präsident Felix Huber. Foto: Urs Jaudas

übles Spiel. Der Verband hat versucht, ambulante Pauschalen auszuhandeln, und kommt nicht richtig voran. Pauschalen und Globalbudgets entsprechen Bertssets Grundidee für das Gesundheitswesen, sie verlagern die Entscheidungsfindung weg vom Patienten näher zum Staat.

Sie spielen auf den Vorschlag an, dass jährlich ein Kostenziel festgelegt wird. Wird dieses überschritten, müssen Krankenkassen und Ärzteschaft aushandeln, wie sie die Kosten

Präsident von Ärztenetzwerk

Felix Huber ist Hausarzt und Präsident des Vereins Medix Schweiz, eines Zusammenschlusses von neun regionalen Ärztenetzen. Die angeschlossenen Gruppen- und Einzelpraxen befinden sich in allen Landesteilen der Schweiz. (br)

senken. Was ist denn falsch an dieser Idee?

Es fehlt jegliches Datenmaterial, um so etwas umzusetzen. Berset schlug degressive Tarife vor, wenn das Kostenziel überschritten wird. National- und Ständerat haben das abgelehnt, allerdings kommt das im März nochmals ins Parlament. Wir hoffen, dass das im Frühling beerdigt wird. Denn ein solches System hätte zur Folge, dass letztlich das BAG oder Bundesrat Berset den Tarif durchgibt, falls sich, wie zu erwarten wäre, die medizinischen Leistungserbringer und Kassen auf keine Tarifkürzungen einigen. Mit einschneidenden Folgen für die Qualität unserer Versorgung.

Die steigenden Gesundheitskosten sind ein Problem. Wie wollen Sie das Kostenwachstum bremsen? Bundesrat und Parlament haben die Zulassung neuer Ärztinnen und Ärzte neu geregelt. Dies wird

zu einer Kostenreduktion führen. Man müsste doch erst einmal abwarten, wie sich diese Zulassungssteuerung auswirkt, die ja erst seit Anfang Jahr in Kraft ist. Auch die einheitliche Finanzierung ambulanter und stationärer Behandlungen ist überreif und sollte endlich den Abschluss finden im Parlament. Ich bleibe dabei: Bundesrat Berset hat Spass an diesem staatlichen Dirigismus. Ich will aber nicht, dass das BAG noch mehr Kompetenzen erhält und laufend neue Reformen startet, wenn bereits grundlegende Projekte wie das elektronische Patientendossier (EPD) nicht funktionieren.

Wo orten Sie das Hauptproblem beim Patientendossier?

Die Registrierung ist viel zu unständig, und noch viel schlimmer ist, dass das EPD keinen Nutzen für die Patientinnen und Patienten hat. Statt dass Berset das Amt anweist, einen Neustart zu

machen, soll nun auch noch der elektronische Impfausweis in das Patientendossier integriert werden. Das wird nie funktionieren.

Sie kritisieren die mangelnde Digitalisierung des Gesundheitswesens. Allerdings muss das BAG nun das Faxgerät in Betrieb lassen, weil es immer noch Ärzte gibt, die per Fax übermitteln.

Das kann sein. Aber meine Kritik lautet, dass das BAG die Digitalisierung während 10 Jahren verschlafen hat. Auch hier hätte Berset längst eingreifen müssen. Das BAG wurde immer wieder überumpelt. Mitten in der Hochphase der Pandemie hat das Amt das Meldeformular abgeschafft, weil täglich 50 Kilogramm Faxpapier anfielen. Auch bei der Einführung der Corona-Impfungen war die IT-Lösung nicht bereit.

«Die Schweiz hatte vor allem viel Glück und viel Geld.»

Immerhin muss man zur Ehrenrettung sagen, dass das Covid-Zertifikat schnell entwickelt und pannenfrei eingeführt wurde.

Ja, das hat sehr gut geklappt. Aber das Zertifikat wurde eben nicht vom BAG, sondern vom Bundesamt für Informatik entwickelt und eingeführt. Und dieses gehört zum Finanzdepartement von Ueli Maurer.

Auch unser Gesundheitswesen funktioniert sehr gut, wie ja die Pandemie zeigte.

Es funktioniert sehr gut, es ist einfach teuer. Ich sehe das Problem beim Bundesamt für Gesundheit darin, dass es viele schlecht aufgesetzte und schlecht koordinierte Projekte gibt, für die niemand Verantwortung übernimmt, und dass niemand Fehler eingesteht. Bertssets Antwort auf das Kostenwachstum ist Verstaatlichung. Als Nächstes plant Berset eine obligatorische Ersterberatungsstelle. Alle Patientinnen und Patienten wären künftig gezwungen, sich immer zuerst an diese Stelle zu wenden. Unser Modell der Ärztenetze will er nun verstaatlichen.

Er nimmt Ihr erfolgreiches Modell und erhebt es zum Standard. Warum ist das nicht gut?

Weil dieses Modell dann vor die Hunde geht. 30 Prozent der Bevölkerung sind im konventionellen Modell mit freier Arztwahl versichert. Die wollen sich nicht durch eine Hausärztin, einen Grundversorger steuern lassen. Wenn man diese Gruppe in dieses Modell zwingt, wird das nicht funktionieren. Alle haben heute schon die Möglichkeit, mit einem Versicherungsmodell mit eingeschränkter Wahl 20 Prozent der Kosten einzusparen. Aber das funktioniert nicht, wenn man Leute in ein solches Modell zwingt, die das nicht wollen.

Organspende: Verwirrung um neues Register

Die Bundeskanzlei hat noch nicht einmal bestätigt, dass das Referendum gegen die neue Organspenderegelung zustande gekommen ist, da eröffnete Gesundheitsminister Alain Berset gestern bereits den Abstimmungskampf zur umstrittenen Revision des Transplantationsgesetzes. Diese sieht vor, dass künftig alle als potenzielle Organspender gelten sollen, die das nicht mit einer Willenserklärung ausgeschlossen haben. Ziel ist es, mehr Organspenden zu generieren. Grosse Bedeutung kommt bei dieser erweiterten Widerspruchslösung dem Organspenderegister zu.

Bisher wurde in einem von Swisstransplant geführten Register die Bereitschaft zur Organspende dokumentiert. Allerdings geriet dieses Register vor einigen Wochen wegen gravierender Sicherheitslücken in die Schlagzeilen. Deshalb will der Bund nun mit der Widerspruchslösung ein neues, vom Bundesamt für Gesundheit (BAG) beaufsichtigtes Register einrichten.

Elektronische Identität kommt nicht rechtzeitig

Gemäss Aussagen von BAG-Direktorin Anne Lévy wird der Zugang zum neuen Register über die E-ID erfolgen, also mit einer digitalen Identität. Allerdings wird nach dem Scheitern der E-ID in der Referendumsabstimmung vom März 2021 eine solche digitale Identitätskarte nicht rechtzeitig zur Verfügung stehen. Berset ergänzte gestern vor den Medien, eine Registrierung werde wie bei bereits existierenden Plattformen mit Gesundheitsdaten auch anders möglich sein. Eine solche Plattform ist das elektronische Patientendossier. Wer dieses eröffnen will, muss jedoch ebenfalls eine anerkannte elektronische Identität haben.

Ein hoher Aufwand zur Registrierung könnte dazu führen, dass manche Einwohnerinnen und Einwohner ihren Willen nicht entsprechend festhalten. Wo kein Wille festgehalten sei, werde die Konsultation der Angehörigen entscheidend sein, erklärte Gesundheitsminister Berset. Hat jemand gegenüber seinen Angehörigen aber nie über seine Haltung zur Organspende gesprochen, dann sollen die Nächsten den mutmasslichen Willen des Betroffenen wiedergeben.

Die Gegnerinnen und Gegner der Widerspruchslösung kritisieren, dass ein Teil der Bevölkerung nicht in der Lage sein werde, den Willen betreffend Organspende festzuhalten, etwa wegen mangelnder Sprachkenntnisse. Zudem wollten sich nicht alle mit dem Sterben befassen. Es sei deshalb zweifelhaft, ob es mit der erweiterten Widerspruchslösung auch tatsächlich mehr Organspenden gebe.

Markus Brotschi